

Jeno-Zeitung

Rheider Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Iffelburger Zeitung.

65. Jahrgang
Verlagsort: Bocholt.
Postverladort: Dortmund.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 63

Freitag, den 5. März 1937

Jahrgang 1937

Eine unverschämte Beleidigung.

Der jüdische Oberbürgermeister von New York beschimpft Deutschland und den Führer.
Washington muß endlich einschreiten!

Laguardias Brunnenvergiftung.

DNB New York, 4. März.

Der für seine Deutschlandfeindschaft jammern bekannte jüdische Oberbürgermeister von New York, La Guardia, dessen Reden schon mehrfach nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt unliebsames Aufsehen erregten, hat sich wieder einmal bewogen gefühlt, eine Rede zu halten, die eine Spigenleistung auf dem Gebiet der verlogenen Hebe darstellt. Vor rund 1000 Frauen der Frauenabteilung des amerikanischen jüdischen Kongresses entblödete sich der jüdische Maulheld nicht, Deutschland zu beschuldigen, daß es versuche, den Weltfrieden zu zerstören. In dem für die Weltausstellung vorgeschlagenen Gebäude der Vereinigten Staaten werde er eine Sprechstunde einrichten, in der als Höhepunkt die Figur jenes „braunfärbigen Fanatikers“ gezeigt werde, der jetzt den Weltfrieden bedrohe.

Es ist nicht das erste Mal, daß der Jude La Guardia seine Stellung als Oberbürgermeister von New York dazu mißbraucht, um durch antideutsche Hege und dunkle Aktionen das Verhältnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu vergiften und auf unehrliche Weise zu belasten. Seine engen Querbeziehungen zur kommunistischen Unterwelt zeigten sich bei dem von ihm leitet organisierten und mit Hilfe des roten Gangsterlums ausgeführten Überfall auf die „Bremer“ im New Yorker Hafen. Sein neuester Hakenbruch gegen Deutschland und den Führer aber ist der Gipfel politischer Niedertracht und das Uebelste, was sich dieser jüdische Vertreter der Stadt New York an Völkerverhetzung bisher geleistet hat. Während es in Deutschland zu einem selbstverständlichen, stets eingehaltenen Gebot des internationalen Anstandes gehört, fremde Staatsoberhäupter nicht zum Gegenstand der Kritik zu machen, darf es sich der New Yorker Oberbürgermeister erlauben, das Oberhaupt eines 68 Millionen-Volkes in der unverschämtesten Weise zu beschimpfen und zu verleumden und Deutschland der Bedrohung des Weltfriedens zu beschuldigen, obgleich es der ganzen Welt bekannt und durch die politischen Taten des Führers und seine immer erneuten Versicherungen offensichtlich ist, daß niemand in der Welt mehr an der Erhaltung des Friedens gelegen ist als dem deutschen Volk und seinem Führer. Das deutsche Volk verbitet sich die Böseleien des New Yorker Oberbürgermeisters und erwartet von der Bundesregierung in Washington, daß sie endlich Mittel und Wege findet, um derartige unerhörten Mißhandlungen und Provokationen, mit denen die deutsch-amerikanische Freundschaft immer neuen Belastungen ausgesetzt wird, für alle Zukunft zu unterbinden. Deutschland und seinen Führer kann der jüdische Hege im New Yorker Rathaus mit seiner Giftsprache nicht treffen, denn sie stehen zu hoch in der Geltung der Welt, um von solchem Unrat erreicht zu werden, wohl aber wird das Ansehen Amerikas in den Augen jedes unabhängigen durch solche maßlosen Exzesse eines Vertreters der Öffentlichkeit, der immer erneut mit seinen frivolsten Dreistigkeiten zur Gefährdung des Weltfriedens beiträgt, aufs empfindlichste geschädigt.

Famlicher deutscher Protest.

DNB Washington, 4. März.

Die deutsche Botschaft hat am Donnerstag im Staatsdepartement gegen die geistigen Ausführungen Laguardias Protest erhoben.

Eine Äußerung Hulls.

DNB Washington, 4. März.

Nachdem in Vertretung des abwesenden deutschen Botschafters Thomsen im Staatsdepartement gegen die unverschämten Äußerungen Laguardias energisch protestiert hatte, wurde Staatssekretär Hull von Journalisten über den Stand der Angelegenheit befragt.

Hull erklärte, er werde sofort feststellen lassen, ob die Zeitungsmeldungen den Tatsachen entsprechen. Selbstverständlich sei es bedauerlich, wenn ein Bürger der Vereinigten Staaten, gleichzeitig was er über die Innenpolitik eines anderen Landes denke, Äußerungen tue, die als Beleidigung der Regierung des anderen Landes ausgelegt werden müßten.

Hull wird sich, wie verlautet, alsbald mit Laguardia in Verbindung setzen.

Die Amtszeit Laguardias läuft Ende dieses Jahres ab. Da er nicht der Demokratischen Partei angehört, also

auf die Unterstützung durch Roosevelts Parteimaschine nicht rechnen kann, so versucht er offenbar, außer den Stimmen seiner republikanischen Parteigenossen möglichst alle jüdischen Stimmen für sich einzufangen. Die einfachste Methode dabei erscheint ihm offenbar, sich Unverschämtheiten gegen den Führer des Deutschen Reiches zu erlauben. Typisch jüdisch!

Das Deutschland New Yorks protestiert

§ New York, 4. März.

Die vereinigten deutschen Gesellschaften von Groß-New York haben am Mittwoch an den jüdischen Oberbürgermeister La Guardia ein Telegramm geschickt. Sie protestieren darin scharf gegen dessen unverschämte antideutsche Hege. Es ist unglücklich, so heißt es in dem Telegramm, daß der Bürgermeister einer amerikanischen Stadt, die sich bei der Durchführung ihrer Aufgaben stark auf die Mitarbeit der deutschen Elemente stützt, sich erdreist, das Oberhaupt einer befreundeten Nation zu beschuldigen und zu verleumden. Die Hege La Guardias stellt eine schwere Beleidigung der deutschstämmigen Bürger des ganzen Landes dar, und diese sind nicht gewillt, diese Beleidigung hinzunehmen.

Berliner Stimmen

zu der unverschämten Hege La Guardias.

DNB Berlin, 4. März.

Die meisten Berliner Wochenblätter weisen die in ihrer jüdischen Unverschämtheit nicht mehr zu überbietende Rede des „Oberbürgermeisters“ von New York, La Guardia, scharf zurück. Die Blätter bringen ausführliche Beschreibungen

Was geht in Marokko vor?

Eine Note der spanischen Nationalregierung an die Signatarmächte der Algeciras-Akte.

Protest gegen beunruhigende Machenschaften

an der Grenze von Spanisch- und Französisch-Marokko.

DNB Salamanca, 4. März.

Die spanische Nationalregierung hat an die Signatarmächte der Algeciras-Akte eine Note gerichtet, in der sie auf Machenschaften an der Grenze von Französisch- und Spanisch-Marokko hinweist.

Diese Machenschaften, so heißt es in der Note, hätten den Zweck, Aufrührungen in Spanisch-Marokko hervorzurufen, damit so antiliche Stellen von Französisch-Marokko unter dem Vorwand der Wiederherstellung der Ordnung und der Vermeidung eines Übergriffens der Gefahr auf französisches Gebiet in die spanische Zone einmarschieren lassen könnten, wodurch die internationalen Verträge verletzt und eine gefährliche Lage für den Frieden Europas geschaffen werden würde.

Die Note fährt fort: „Nachdem verschiedene Versuche einer Aufrührung an der Loyalität des Marokko-Volkes und seiner Behörden gegenüber Spanien gescheitert sind, verstärken sich in diesen Tagen die Anstrengungen zur Propagierung eines Aufstandes unter den spanischen Stämmen. Es werden heimlich Waffen konzentriert in den Zonen von Suqan und Sured, die für das Gebiet von Rauen bestimmt sind, sowie in Gueznaga mit der Bestimmung für das Gebiet von Alhucemas. Gleichzeitig sind französische Militärkonzentrationen an der Grenze der Protektionsgebiete festzustellen, womit eine Kollektivaktion auf die Eingeborenen Grenzstämmen ausgeübt und unter ihnen ein Zustand der Unruhe geschaffen wird.“

Die spanische Nationalregierung erklärt dann: „Wenn wir auch eine entsprechende Antwort auf jeden Angriffsvorstoß im Gebiete des marokkanischen Protektorats bereit haben, so stellen wir jedoch fest, daß die Haltung der antilichen Stellen der französischen Vorkontrollen eine flagrante Verletzung von Geist und Buchstaben der Verträge vom 30. März und 27. November 1912 darstellen, die Frankreich und Spanien die Herstellung von Frieden und Ruhe in Marokko übertragen haben.“

„Da Frieden und Ruhe in unmittelbarer Gefahr stehen — zum großen Schaden für das dem Protektorat unterstellte Volk und mit entsprechenden Auswirkungen für den Frieden Europas — und den Status quo im westlichen Mittelmeer — steht sich die spanische Nationalregierung veranlaßt, sich an die Signatarmächte der Algeciras-Akte zu

ber Tätigkeit dieses ehemaligen Ganoven, der jetzt mit seinen Gangsterbanden New York beherrscht und verlangen von Washington endlich ein Einschreiten gegen diesen notorischen Friedensstörer und Völkerverheer.

Der „Angriff“ schreibt:

„Bon Fiolella S. Laguardia, dem Oberbürgermeister von New York, hat die deutsche Öffentlichkeit schon öfters Kenntnis nehmen müssen. Seine Amtstätigkeit in New York bestand seit viereinhalb Jahren hauptsächlich darin, jüdischen Boykottkomitees vorzujucken und Deutschland zu beschimpfen.“

Die Schimpfworte vor den 1000 jüdischen Dirnen, die er sich von der Straße geholt hat, um ein applaudierendes Publikum zu haben, legt aber allem die Krone auf. In seinem beschränkten Rahmenverständnis kann der jüdische Hegeapostel allerdings nicht ahnen, was es bedeutet, den Führer eines 70-Millionen-Volkes zu beschimpfen. Immerhin aber sollte man doch meinen, daß das Weiße Haus in Washington solch eine Macht besitzt, um hochgetürmten Jubiläen zu verbieten, ihre Gemeinheiten statt einer, nun gleich tausend Frauen zu erzählen. Im eigenen Land aber haben die Regierungsmänner scheinbar Angst vor den Revolven der New Yorker Unterwelt und lassen den Judenstempel küssen, wie es ihm keine dreifache Phantasie lüßt. Wir haben nicht vor, in die Gasse hinauszugehen, aus der La Guardia seine Schimpfwörter holt.

Für heute genügt es, daß ein Jubiläer wie La Guardia Oberbürgermeister der größten Stadt Amerikas sein kann. Ein Mann, der als Dolmetscher aus Ellis Island von 1906 bis 1909 unzähligen Einwanderern erst dann die Einwanderungserlaubnis erteilte, nachdem er sie zuerst jeuell expresse regiert in Amerika acht Millionen Menschen mit dem Terror der Kugeln und Knüttelgarden seiner Ganoven-Freunde. Ein New York, das mit drei Millionen Juden, noch dazu von solchem Kaliber wie ein La Guardia, gefüllt ist, kann uns nur von ganzem Herzen leid tun.“

wenden, auf der trotz späterer Verträge das internationale Regime von Marokko ruht, damit sie in aller Eile eine internationale Kommission ernennen, die die spanische Zone besuchen, an Ort und Stelle die Ruhe und den Frieden, die im spanischen Protektionsgebiet herrschen, feststellen und sich von den angeführten Machenschaften überzeugen soll.

Damit soll vermieden werden, daß im französischen Protektionsgebiet und in der Tangierzone jene Maßnahmen durch kommunistische Politik auf dem Wege über ähnlich geartete Regierungen dem Weltfrieden bedrohen.“

Die Note schließt: „Wir zweifeln nicht daran, daß der Londoner Nicht-Einmischungsausschuß, der sich so sehr für den europäischen Frieden interessiert, sofort Maßnahmen treffen wird, um solchen verbrecherischen Manövern zu steuern, die dem Zweck der Annäherung Frankreichs in Marokko und den Vereinbarungen zur Nicht-Einmischung in spanische Angelegenheiten entgegengeht.“



Winterhilfsaktion im nationalen Spanien.

Nach dem deutschen Beispiel wird auch in dem nationalen Spanien eine Winterhilfsaktion durchgeführt. Unser Bild zeigt junge Falangistinnen beim Verkauf ihrer Plaketten in den Straßen von Salamanca. (Photo: Scherl)

Luftwaffe und Kriegsentscheidung.

Von

Generalmajor a. D. Dähle.

Die Frage, ob die Luftwaffe allein oder in erster Linie den Ausgang eines Krieges entscheidend beeinflussen kann, ist in den letzten Jahren vielfach erörtert worden. Es ist auch der Auffassung Raum gegeben, daß durch den reißenden Sieg einer Luftwaffe über die gegnerische zu Beginn eines Krieges letzterer bereits zu Gunsten der siegenden Partei entschieden sei; eine solche Entscheidung müsse deshalb von vornherein angestrebt werden. Wenn auch die hohe, unter Umständen ausschlaggebende, Bedeutung des Vorhandenseins kampfstärkiger Luftstreitkräfte gar keinem Zweifel unterliegen kann, so dürfte doch diese Auffassung der romanhaftesten Phantasie einen etwas reichlichen Spielraum zubilligen. Bei den Realitäten des Krieges ist es aber richtiger, die nackten Tatsachen mit kühler Ueberlegung zu prüfen, als sie allzu phantastisch den eigenen Wünschen entsprechend zu gestalten. Man wird bei der Prüfung der Frage, welche — entscheidenden — Erfolge die Luftwaffe haben kann, die Verhältnisse nicht außer Acht lassen dürfen, unter denen ihre Tätigkeit vor sich geht, inwiefern sie durch diese Verhältnisse begünstigt oder behindert werden kann.

Unzweifelhaft wird der Luftwaffe da, wo sie auf gar keinen oder geringen Widerstand gleiches Art stößt, eine für den Ausgang eines Krieges entscheidende Bedeutung zugemessen sein. Kann der Gegner weder durch eigene ausreichende Luftstreitkräfte noch durch Erdbwehr die Luftangriffe abwehren, und ist er auch nicht in der Lage, durch eine eigene Luftwaffe gegenüber dem feindlichen Lande Vergeltungsmaßnahmen auszuüben, so kann der Einsatz der Luftwaffe sehr wohl eine den Krieg entscheidende Bedeutung haben. Die Luftstreitkräfte können in diesem Falle ganz ungehindert ihre Tätigkeit ausüben, in die Erbkämpfe an und hinter der Front eingreifen, Zerstörungen aller Art im Hinterlande anrichten und so Tod und Vernichtung in das feindliche Heer, Volk und Land hineintragen, ohne irgendwelche oder wenigstens ohne nennenswerte Gegenwehr zu finden. Daß dann bei dem Angegriffenen infolge des Gefühls völliger Ohnmacht gegenüber dieser Tätigkeit der Luftwaffe der Widerstandswille erlahmen, ein Ende dieser entnervenden Lage ersehnt werden und schließlich auch Demoralisation Platz greifen kann, namentlich dann, wenn das betreffende Volk in sich nicht besonders gefestigt sein sollte, ist verständlich. In solchem Falle kann also die Tätigkeit der Luftwaffe allein schon unter Umständen den Friedenswillen herbeiführen und so die Kriegsentscheidung bewirken. Das besiegte Land zu befeigen, vermag allerdings die Luftwaffe nicht; aber die einrückende Landtruppe wird höchstens noch an einigen Stellen etwa auflodernden Widerstand zu brechen haben; im übrigen wird ihre Tätigkeit nur darin bestehen, ein bereits besiegtes Land zu befeigen. Der Abschluß — nicht der erste Teil — des italienisch-abyssinischen Krieges illustriert einen derartigen Vorgang in anschaulichster Weise. Die Ereignisse würden sich vielleicht auch in Europa gegenüber einem Lande ohne Luftwaffe in ähnlicher Weise abspielen haben.

Ganz anders liegen jedoch die Verhältnisse, wenn Angreifer und Angegriffene über annähernd die gleichen Luftstreitkräfte und hinreichende Abwehr verfügen. Auch dann werden allerdings der Luftwaffe im allgemeinen die gleichen Aufgaben obliegen; sie können aber nicht ohne Gegenwehr ausgeführt werden. Diese Gegenwehr wird nachdrücklich bemüht sein, zu verhindern, daß die feindlichen Luftstreitkräfte die von ihnen angestrebten Ziele erreichen. Die feindlichen Luftstreitkräfte werden also, wenn sie gleichwohl die erteilten Aufträge ausführen wollen, nicht einen verhältnismäßig gefährlichen Flug vor sich haben, sondern sie werden auf die eigene Sicherung bedacht sein müssen; sie haben dabei auch mit erheblichen eigenen Verlusten zu rechnen. Für die gleichen Aufgaben werden deshalb in allen Fällen wesentlich stärkere Kräfte angefordert werden müssen, als bei der oben geschilderten Lage, wenn die Durchführung gelingen soll. Bei der Auftragserteilung wird aus diesen Gründen zu erwägen sein, ob durch die Bedeutung des Auftrages die zu erwartenden Verluste gerechtfertigt werden können. Soweit es sich hierbei um Zerstörungsaufgaben handelt, sind ja auch mit ziemlicher Sicherheit entsprechende Vergeltungsmaßnahmen seitens des Gegners zu erwarten. Aus diesen Erwägungen heraus werden vielleicht manche Aufträge an die Luftwaffe unterbleiben, wenn Vergeltungsmaßnahmen für die dem Feinde zugebungen Zerstörungen und Verwüstungen dem eigenen Lande erspart werden sollen. Es wird ja kaum anzunehmen sein, daß der geschädigte Feind sich in solchen Fällen seinerseits schonender Milde be-

fliegten wird, sofern er über die Möglichkeit verfügt, Vergeltung zu üben. Gegenüber einem Feinde, dem die Luftwaffe und die Abwehr fehlen, dürften allerdings solche Erwägungen in der Regel kaum angestellt werden.

Keinesfalls ist das so zu verstehen, als ob aus Verlegenheit vor Verlusten und vor Vergeltung der Einsatz der Luftwaffe für die ihr zukommenden Aufgaben überhaupt unterbleiben sollte. Das würde bedeuten, daß man freiwillig auf die Verwendung einer scharfen und gefährlichen Waffe gegenüber dem Feinde verzichtet. Verluste lassen sich im Kriege nicht vermeiden; man wird sie nur, soweit möglich, einzuschränken suchen.

Wenn die Luftwaffe die ihr obliegenden Aufgaben erfüllen soll, muß deshalb dafür Sorge getragen werden, daß dasjenige, was sie hieran hindern und sie schädigen kann, beseitigt oder unschädlich gemacht wird. Das flörende Element ist in erster Linie die gegnerische Luftwaffe. Diese muß also vernichtet oder wenigstens derart geschwächt werden, daß sie nicht in der Lage ist, den Angreifer in der Ausübung seiner Tätigkeit wesentlich zu stören. Das wird am ehesten dadurch erreicht, daß man die feindlichen Flugplätze mit ihrem gesamten Inhalt und die Anlagen der Flugzeugindustrie gründlich zerstört. Dazu werden die Bombenflieger — je nach den Umständen in entsprechenden Verbänden, bei Nacht auch einzeln — angeeignet werden. Der Angreifer wird dem nicht tatenlos zusehen und durch eigene Flugkräfte und Erdabwehr diese Unternehmungen zu vereiteln suchen. Es wird auch seinerseits Flugkräfte mit den gleichen oder ähnlichen Aufgaben entsenden, und so kann es zwischen den beiderseitigen Luftstreitkräften zu Luftkämpfen kommen — wenn man sie auch seitens der Luftstreitkräfte entstandenen Geschwader nicht gerade jucken wird, weil sie die Ausübung des eigentlichen Auftrages verzögern —, die infolge der eintretenden Verluste zur Schwächung des einen oder des anderen führen. Alle derartigen Unternehmungen und Ereignisse können, wenn sie von Erfolg für die eine Partei begleitet sind, wohl von erheblicher Bedeutung für den weiteren Verlauf eines Krieges sein, je mehr sie den einen die Überlegenheit in der Luft über den anderen gewinnen lassen und je ungestörter der erste infolgedessen seine Unternehmungen gegen das feindliche Hinterland ausführen und auch in die Erdkämpfe eingreifen kann. Allein kriegsentscheidend werden aber solche Erfolge deshalb nicht sein, weil der Angriff auf Flugplätze und so weiter immer nur einen Teil der feindlichen Luftstreitkräfte treffen wird. Deshalb wird damit wohl die Tätigkeit der gegnerischen Luftstreitkräfte beeinträchtigt, aber nicht in ihrer Gesamtheit ausgeschaltet werden. Auch dem Angreifer werden hierbei Verluste entstehen, und zwar um so mehr, je stärker die Flugkräfte und die Erdabwehr des Angegriffenen sind. Jeder wird außerdem mit allen Kräften dahin streben, entstandene Lücken und Verluste tunlichst bald wieder auszufüllen. Mögen dem Angreifer aber auch an einzelnen Stellen Erfolge beschieden gewesen sein, so wird doch wegen der erfolgreichen Abwehr an anderen Stellen niemals das Gefühl der absoluten Beherrschung aufkommen können, das am meisten demoralisierend wirkt. Solange jedoch der Wehrwille bei einem Volke bestehen bleibt und es diesen auch betätigt, kann von der endgültigen Kriegsentcheidung nicht die Rede sein. Die oben erwähnte Idee aber, die Entscheidung durch große Luftschlachten zu Beginn eines Krieges herbeizuführen, gehört in das Gebiet der romanhaften Phantasie; sie sind weder technisch noch taktisch möglich.

Jedenfalls ist es unbestreitbar, daß in jedem Lande, das als Großmacht gewertet sein und seine Weltgeltung aus eigener Kraft behaupten will, die Luftwaffe als unentbehrlicher Teil der Rüstung vorhanden sein muß. Ein wehrwilliges Volk, das sich erhalten will, muß auch wehrfähig sein. Dazu gehört, daß es in ausreichendem Maße über alle diejenigen Teile einer Wehrmacht verfügen kann, die auch der mutmaßliche Gegner besitzt. Einer dieser Teile ist notwendigerweise die Luftwaffe mit den dazu gehörigen Abwehrkräften. Wir wollen uns keinem Zweifel darüber hingeben, daß Deutschland vor dem Erlangen der Wehrfreiheit, die wir dem Entschlusse unseres Führers zu danken haben, aufstiegen genau so wehrlos gegenüber den gestandenen hätte wie Albanien.

Die Luftwaffe ist ein Faktor, dessen Vorhandensein oder Nichtvorhandensein unbedingt für den Ausgang eines Krieges von entscheidender Bedeutung ist. Kriegsentcheidend kann die Luftwaffe allein nur da sein, wo der Gegner nicht über eine solche verfügt. In allen anderen Fällen ist die Tätigkeit der Luftwaffe allerdings von dem höchsten Wert, aber die Entscheidung des Krieges kann nicht ohne das gleichzeitige Mitwirken der übrigen Wehrmachtsteile herbeigeführt werden. Feindliches Land in Besitz zu nehmen und es besetzt zu halten, vermag die Luftwaffe nicht. Sie kann kämpfen wie die übrigen Teile der Wehrmacht, sie kann zerstören und vernichten und so sehr wohl einen sehr bedeutungsvollen Einfluß auf den Ausgang eines Krieges ausüben. Allein bei ihr aber liegt die Entscheidung so lange nicht, als der Wehrwille des angegriffenen Volkes bestehen bleibt.

Der Führer an die Douaumont-Kämpfer.

▼ Berlin, 4. März.

Der Führer und Reichskanzler landete an die am 21. Jahrestage der Erklärung der Panzerfeste Douaumont in Berlin versammelten Douaumont-Stürmer zu Ehren von Reichsbahnrat Radtke das nachstehende Telegramm:

Ihnen und den anderen aus Anlaß des Jahrestages der Erklärung in Berlin versammelten Douaumont-Stürmern danke ich für die mir telegraphisch übermittelten Grüße, die ich im Gedenken an diese rühmlichen Kämpfe und in kameradschaftlicher Verbundenheit herzlich erwidere.

Senkung der Versorgungstarife notwendig.

Kein schematischer Preisabbau.

▼ Berlin, 4. März.

In den Anweisungen für die Haushaltsaufstellung im Jahre 1937 hat der Reichs- und Preussische Innenminister

Der amerikanische Senat nimmt das Neutralitätsgesetz an.

Preisgabe der Politik der freien Meere.

§ Washington, 4. März.

Der Senat hat mit 62 gegen 8 Stimmen die Neutralitätsgesetzesvorlage des Vorstehenden des Ausschusses des Bundes senates, Senator Pittman, angenommen und leitete den Gesetzentwurf dem Repräsentantenhaus zur Abstimmung weiter.

Dieser Neutralitätsgesetzesentwurf gibt die traditionelle amerikanische Politik der freien Meere auf und setzt an ihre Stelle ein in allen Einzelheiten festgelegtes Programm, die Vereinigten Staaten im Falle eines Krieges aus allen Verwicklungen freizuhalten. Dem Präsidenten bleibt lediglich überlassen, die Waren zu bestimmen, die auf US-Schiffen an Kriegsführende befördert werden können.

Der Antrag des Senators von Denberg, dem Präsidenten auch diese Befugnis abzusprechen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Neutralitätsgesetzesvorlage wagt es auch, die Verlängerung der gegenwärtigen Waffenembargo an Kriegsführende vor, außer dem das Verbot für Amerikaner, auf Schiffen Kriegsführender zu reisen.

Das Staatsdepartement kündigte an, daß alle Bürger der Vereinigten Staaten, die Reisepässe beantragen, eine Erklärung unterzeichnen müssen, daß sie sich nicht nach Spanien begeben wollen. Hierzu verlaute, daß man Kämpferorganisationen entschlossen habe, weil fälschlich beantragt hatten, die als Verstecke nach dem bolschewistischen Spanien reisen wollten.

Die Annahme des Neutralitätsgesetzes im Bundes senat erfolgte nach nicht sehr langer oder erregter Aussprache, die den weitgehenden, alles andere überwiegenden Beschluß bezeugte.

Ein neuer Krieg möglichst zu vermeiden, jedenfalls aber alles zu vermeiden, um nicht wieder, wie im Jahre 1917, in einen fremden Krieg hineingezogen zu werden.

Deswegen wurde in dem Entwurf des Senators Pittman eine genaue Aufzählung aller Kriegsmaterialien eingefügt. Diese Aufzählung deckt sich mit den bisherigen Erklärungen des Präsidenten Roosevelt zu diesem Gegenstand, sie hindert ihn aber, sie in künftigen Kriegen zu ändern, insbesondere sie einzuschränken. Aus diesem Grunde auch beschloß der Senat, daß der Präsident keine Befugnisse hat, die Bestimmungen des Gesetzes zu ändern, und seine Ausführungen, daß Amerika jetzt zum ersten Male in seiner Geschichte sein Recht auf „sovereäne“ Schifffahrt aufgeben und dadurch

nicht nur dem eigenen Prestige, sondern auch allen kleinen Nationen und der Menschheit insgesamt einen schlechten Dienst leisten. (1)

Das Gesetz, über das in vielen ausländischen, ja sogar in manchen führenden amerikanischen Zeitungen allerlei mißverständliche Dinge geschrieben worden sind, verbietet in dem Augenblick, wo der Präsident das Bestehen eines Kriegszustandes oder eines Bürgerkrieges feststellt, 1. die Ausfuhr von Kriegsmaterialien, zu denen auch Zivilluftzeuge gerechnet werden, 2. Anleihen oder Geld, oder Warenkre-dite außer den normalen Krediten im Umfange des Kriegsgeheimnisses, 3. Reisen auf Schiffen kriegsführender Staaten, 4. Bewaffnung amerikanischer Dampfer.

Alle hier gekauften Waren müssen bar bezahlt werden, bevor sie ausgeführt werden können, dagegen ist die Ausfuhr von Waren außer Kriegsmaterial, falls sie bar bezahlt sind, nicht verboten, vielmehr kann sich jedes Land alles hier kaufen, was es will und bezahlen kann.

Der Präsident hat, falls er die Verschiffung von Waren in amerikanischen Schiffen für gefährlich hält, das Recht, diese Waren zu beschlagnahmen, die sich der Kauf der Waren in Nordamerika in eigenen Schiffen abholen, während amerikanische Schiffe eine solche Fracht, die durch Anhaltung, Durchsuchung, Beschlagnahme oder Verletzung Grund zu Verwicklungen mit den Kriegsführenden geben könnte, nicht befördern dürfen.

Präsident Roosevelt kann aber, wie gesagt, die Ausfuhr von Waren nicht verbieten oder auf den normalen Friedensumsatz beschränken, da der Kongreß ihm dieses Recht in diesem Gesetz nicht gewährt hat. Er kann lediglich amerikanischen Schiffen die Beförderung von Konterbande verbieten.

Präsident Roosevelt kann aber, wie gesagt, die Ausfuhr von Waren nicht verbieten oder auf den normalen Friedensumsatz beschränken, da der Kongreß ihm dieses Recht in diesem Gesetz nicht gewährt hat. Er kann lediglich amerikanischen Schiffen die Beförderung von Konterbande verbieten.

Sitzstreik in der amerikanischen Handelsmarine geplant.

§ Washington, 4. März.

Joseph Weaver, der Direktor des Büros für Marineinspektion und Navigation, machte vor dem Kongreßausschuß aufseherregende Mitteilungen über die kommunistische Umtriebe, die, wie er erklärte, die amerikanische Handelsmarine zu zerstören drohen. Weaver, sowie ein Vertreter der Schiffs-eigenümer in den Häfen des Stillen Ozeans betonten, daß die Kommunisten hinter dem kürzlichen Seemanns-streik gestanden hätten. Die kommunistische Partei sei auch gegen die Einführung von Seemannsbüchern und plane einen Sitzstreik, der am 1. Mai beginne und durch den gegen diese Maßnahme protestiert werden solle.

Das Problem des Lebens.

Sieben Leitsätze

Der italienischen Bevölkerungspolitik

DNB Rom, 4. März.

Die zweite März-Sitzung des Reichstages in der Großen Halle brachte zunächst eine Beratung über die Frage der Bevölkerungspolitik. Nachdem Unterstaatsminister Bottai Bericht erstattet und verschiedene Mitglieder des Rates in die Debatte eingegriffen hatten, schloß Mussolini die Diskussion zusammen, indem er die wichtigsten Gesichtspunkte der Frage auch im Hinblick auf die anderen Länder darlegte. Daraufhin wurde folgende Entschlußfassung gefaßt:

„Der Reichstags-Großrat beschließt, die Bevölkerungspolitik des Regimes nach folgenden Leitsätzen zu vollziehen:

1. Bevorzugung der väterlichen und mütterlichen Familien bei der Arbeit und Anstellung, da die väterlichen Familien in Ausnahmefällen für das Vaterland die größeren Opfer und den stärkeren Beitrag an Menschen leisten.

2. Politik einer Familienentlastung (bei gleicher Arbeitszeit und Arbeitsleistung ein Einkommen im Verhältnis zur Befähigung durch die Familie).

Die Erwartungen übertroffen

Leipziger Messe auf dem Höhepunkt.

DNB Leipzig, 4. März.

Die Geschäftstätigkeit auf der Leipziger Technischen Messe hat am Donnerstag den Höhepunkt erreicht. Vom schlußfähigen ein. Den Hauptteil der ausländischen Käufer stellen nach wie vor Großbritannien und Frankreich, dann folgen Skandinavien, Polen, Belgien und die Niederlande. Sehr lebhaft auch die Südamerika und Italien in größerem Umfang. Ihr Interesse erstreckt sich vor allem auf die Baumasse, die Werkzeugmaschinen- und Photomessie. Bei den Maschinenfabrikanten wurde durch die Menge der Aufträge die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht, weshalb heute Bestellungen abgelehnt werden müssen. Auch die Photomessie hatte sehr erhebliche Verkäufe zu buchen. An Ausländern waren hier besonders Franzosen und Engländer am Markt.

Auf der Messe liegen die Umsätze schätzungsweise um 40 p. h. über dem Vorjahr; die Aussteller erwarten auf Grund des außerordentlich lebhaften und interessanten ausländischer Besuchers eine gute Nachwirkung auf das Exportgeschäft.

Auch in der Sportartikelmesse wurde ein Fortschritt gegenüber dem Vorjahr festgestellt, der neben der

Rolle des Sportes in der körperlichen Betätigung der Jugend vor allem auf der Verwertung der Olympischen Spiele abgesehen wird. Man nimmt in Ausstellerkreisen an, daß die Umsätze diesmal etwa 20 p. h. größer waren als vor letzten Frühjahrsmesse. Die Nachfrage erstreckte sich vor allem auf Lederartikel und Bekleidungsgegenstände.

Auf der Textil- und Bekleidungs-messe machte sich auch am Donnerstag noch in einigen Sparten stärkeres Kaufinteresse bemerkbar, das sich z. B. auf Strickwaren und Oberbekleidung, auf Sport- und Oberhemden, aber auch auf Teppiche, Damen-Oberbekleidung und Strümpfe bezog.

Die Erwartungen der Aussteller sind durch den Messelauf übererfüllt worden. Fast überall spricht man von ihr als von der stärksten Messe seit vielen Jahren. Die vergangenen Tage führten nicht nur dazu, eine große Zahl von Auslandsbestellungen herbeizubringen, sondern auch zu zahlreichen neuen Geschäftsverbindungen, sondern Auslands. Ganz allgemein kann zur Messeröffnung gesagt werden, daß durchweg auskömmliche Preise gefordert und bewilligt wurden, wenn auch das Ausland gelegentlich zu brüden versuchte. Auch am Donnerstag noch traf eine ganze Reihe von Besuchern aus dem europäischen Ausland in Leipzig ein, und viele der bedeutendsten ausländischen Großhändler haben nun erst mit ihren Dispositionen begonnen.

Die Genehmigungspflicht für Luftbilder.

DNB Berlin, 4. März.

Im Anschluß an die kürzlich erfolgte Veröffentlichung über die Genehmigungspflicht neuer und alter Luftbilder durch die Prüfstelle für Luftbilder im Reichsluftfahrtministerium teilt das Reichsluftfahrtministerium mit, daß der Genehmigungspflicht nur solche Luftbilder unter-

liegen, die über deutschem Reichsgebiet aufgenommen und die in irgendeiner Form zur Veröffentlichung bestimmt sind.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben Mittwoch nachmittag in Berlin begonnen. Die französische Delegation wird von Herrn Alphonse, Direktor der Handelsvertragsabteilung im französischen Handelsministerium, geführt.

liegen, die über deutschem Reichsgebiet aufgenommen und die in irgendeiner Form zur Veröffentlichung bestimmt sind.

Filmvolkstag am 7. März.

DNB Berlin, 4. März.

Im Rahmen der Jahrestagung der Reichsfilmkammer findet am Sonntag, dem 7. März, ein Filmvolkstag statt. In 2000 täglich spielenden Filmtheatern mit einer Million Sitzplätzen wird an diesem Tage eine so große Filmvorstellung gegeben.

Zu der Veranstaltung hat jeder Volksgenosse Zutritt, der die Druckchrift „Film und Volk“ zum Preise von RM 0,20 an den Kassen der betreffenden Filmtheater erwirbt.

Es empfiehlt sich, diejenigen Filmtheater am Filmvolkstag aufzusuchen, bei denen man auch die Schrift „Film und Volk“ erworben hat.

Die Filmtheater, die an der Durchführung des Filmvolkstages beteiligt sind, werden dies in geeigneter Form ankündigen.

Statt Brot — Hausjuchungen.

Schweizerische Polizeimaßnahmen gegen das Hilfsnetz der Sudeten-Deutschen.

DNB Reichenberg, 4. März.

Wie das Blatt der Sudeten-Deutschen, „Die Zeit“, meldet, erschienen 20 Mann der tschechoslowakischen Geheimen Staatspolizei in den Räumen des Sudeten-Deutschen Hilfsnetzes, „Bund der Deutschen“, in Reichenberg und nahmen in den Privatwohnungen des Bezirksgeheimführers und des Gau-Geheimführers Hausjuchungen vor. Die dort vorgenommenen Nachforschungen blieben ergebnislos. Inzwischen fanden gleich eingehende Hausjuchungen auch in der Bezirks- und Gau-Geheimstelle selbst statt, wobei der gesamte Briefwechsel einer genaueren Durchsicht unterzogen wurde, ohne daß bis auf einige bedeutungslose Briefe, die die Hilfslisten in der Gau-Geheimstelle beschlagnahmten, etwas gefunden wurde.

Bei der Protokollaufnahme durch die Polizeidirektion wurde erst später klar, daß die Hausjuchungen vornehmlich der Feststellung nach Fragebogen für Hilfsbedürftige galten, die sich auf Erhebungen der Bundesstellen unter den nordböhmischen Industrie- und Gewerbetreibenden bezogen. Zugleich wurde auch in der Bundesstelle, Abteilung Volkswirtschaft, des „Bundes der Deutschen“ unterstehenden Kasse in Reichenberg eine Hausjuchung vorgenommen, die die Beschlagnahme des größten Teiles der Briefschaften bezweckte. Das Material wurde sofort zur Reichenberger Polizeidirektion geschafft.

Auch in Paris klarer Sieg der nationalgefeimten Rundfunkhörer.

DNB Paris, 4. März.

Die nun ebenfalls vorliegenden Ergebnisse der Rundfunkhörerwahlen für die Verwaltungs-räte der Pariser Sender zeigen, wie überall in Frankreich, einen klaren Sieg der nationalgefeimten Rundfunkhörer über die Marxisten. Die Reichstammstimmte „Radio-Famille“ erreichte in Paris 288 170 Stimmen gegenüber 260 176 Stimmen, die die „Volksfront“-Stimme „Radio-Freiheit“ erzielte. Dabei waren bemerkenswerter Weise über 51 000 Wahlzettel im Pariser Rundfunkbezirk für ungültig erklärt worden.

Der „Matin“ begleitet den Sieg der „Radio-Famille“ mit folgenden Bemerkungen: Der Erfolg der „Radio-Famille“ im ganzen Lande ist ein unbestreitbarer Sieg gegen die „Radio-Freiheit“, die unter der Bezeichnung „Radio-Freiheit“ aufgetaucht war. Es habe einen Anseh, als ob die Rundfunkhörer, nachdem sie sich Monate lang die halbe Bolschewisierung des französischen Rundfunkwesens erlebt hätten, nun keine Lust mehr nach einer vollständigen Bolschewisierung hätten. In Paris ebenso wie in Strassburg, in Rennes, Lyon, Bordeaux und Lille hätten die Rundfunkhörer ihren Willen zum Ausdruck gebracht, daß man sie mit der Klassenpolitik und dem Parteienkampf in Ruhe lassen solle.

Das Minengebiet Kataloniens in national-spanischem Besitz.

DNB Salamanca, 4. März.

Der in Salamanca herausgegebene Heeresbericht besagt, daß die marxistischen Truppen an der Asturien-front die nationalen Stellungen am San Claudio-Berg angegriffen, aber zu rückgeschlagen wurden, und große Verluste erlitten. Bei Oviedo versuchten die Marxisten die Katalien zurückzuerobern. Aber auch dieser Angriff blieb erfolglos, und die nationalen Truppen hielten ihre Stellungen mit großer Bravour. Mit Tausenden gingen die Bolschewisten in der Salamanca-front vor. Sie wurden aber dort abgewiesen und hatten bedeutende Verluste. In verschiedenen Abschnitten der Madrid-front sind am Mittwoch gegen 100 bolschewistische Front-linien und Zivilpersonen in das nationale Lager übergeführt.

Ein Mord an einem Oberlandjäger nach 13 Jahren aufgeklärt.

DNB Breslau, 4. März.

Den am 13. März 1924 im Kreise Breslau an dem Oberlandjäger Günther begangenen Mord hat jetzt die Breslauer Kriminalpolizei aufgeklärt. Als Täter wurde der aus Rammendorf, Kreis Breslau, stammende Wilhelm Wachte festgenommen, der auch ein Geständnis ablegte.

Die Ermittlungen führten noch einmal in die dunkle Zeit nach dem Kriege zurück, als arbeitsloses Gefolge die Zeit des Faustrechts für gekommen hielt und Unternehmungen sich hab und Gut des Nächsten rechtswidrig aneigneten. Im Breslauer, Neumärker und Schweidnitzer Kreis hatten sich in jenen Jahren organisierte Verbrecherbanden gebildet, die planmäßig Einbruchsdiebstähle ausführten. Bei einem solchen Einbruch in Gönitzsch hatte eine aus neun Mann bestehende Bande vier Schweine auf einmal gestohlen. Nach der Teilung der Beute wurden zwei der Verbrecher von dem Oberlandjäger Günther festgenommen. Während des Abtransportes schloß Wachte aus einer Pistole in das Gesicht des Beamten, der sofort zu Boden stürzte. Dann brachte der Mord Oberlandjäger noch einen zweiten Schuß in den Kopf bei.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben Mittwoch nachmittag in Berlin begonnen. Die französische Delegation wird von Herrn Alphonse, Direktor der Handelsvertragsabteilung im französischen Handelsministerium, geführt.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben Mittwoch nachmittag in Berlin begonnen. Die französische Delegation wird von Herrn Alphonse, Direktor der Handelsvertragsabteilung im französischen Handelsministerium, geführt.

Seit



„Ich höre“

Die Volksge-

werden daran

Sammlung von

beten, das Wilt-

lige Wfälle alle

Kind von

Mit schweren

p. Auf der

meisterrichte wur-

stärksten Mächte

von einem Trede

verleht. Ein

horst hatte Stein-

litzers „Zum guten

Soheingefertig-

sich an den letzten

fall beim Überzeu-

nicht festgelegt

Wätswaren in das

Reichsgebiet auf
tiner Form zur Ver

m 7. März.

B Berlin, 4. März.

der Reichsfilmmakmer
ein Filmvolks-
den Filmtheatern mit
diesem Tage eine Lo-
gegeben.

im Theater am Film-
man auch die Schrift

führungs des Film-
es in geeigneter Form

suchungen.

egen das Hilfswert
hen.

henberg, 4. März.

utischen, die Zeit-
schonstomastischen Ge-
en des Substanzent-
hen, in Reichenberg
ungen des Bezirks-
stiftsleiters Haus-
genommenen Nach-
Anwärtler fanden
in der Bezirks-
wobei der gesamte
t unterzogen wurde,
solche Briefe, die die
e beschlagnahmten,

die Polizeidirektion
suchungen vornehm-
agebogen für
auf Erhebungen
humistischen Industrie-
wurde auch in der
Hilfswirtschaft, des
den Rangel in
denen, die die
er Verhältnisse be-
zur Reichenberger

Sieg der
funkhörer.

Paris, 4. März.

Ergebnisse der
die Verwaltungs-
wie überall in
nationale
e Märzigen.
erreichte in Pa-
stimmen, die die
erzielte. Dabei
51.000 Wahlgetel
erklärt worden.

der Riste. Radio-
Der Erfolg der
der sei ein unbe-
unter der Begeis-
hen sei. Es habe
nachdem die acht
des französischen
die Luft mehr nach
itten. In Paris
Lyon, Bordeaux
den Willen zum
Kampfspositt und

loniens
Besitz.

enca, 4. März.

Heeresbericht be-
der Kurieren-
an Claudio-Berg
wurden, und große
den die Marzisten
dieser Angriff
pen hielten ihre
ans gingen die
vor. Sie wur-
tende Verluste,
rider Front
Wirtschaftliche Lager

Landjäger
klärt.

u, 4. März.

in die dunkle
heutes Gefinde
des und Unter-
schweidrig an-
schweidrig
sichte Verbre-
ruchsdiebstahl
in Gmünd
Bande vier
Teilung der
des Oberland-
des Abtrans-
des Geficht des
Dann brachte
den Schutz in

irtschafts-
mittags in
on wird von
despertrags-
ium, geführt

Das Erzählungen Die Geschichte vom großen Frosch



„Ich höre immer Schadenersatz!...“
sagte der Direktor vom Wasserwerk und fügte hinzu
Tja — hätten Sie Zeitung gelesen! Und er zeigte
mir einen Hinweis auf Rohrbruch bei Frostgefahr
im Volksblatt. Na, dachte ich armer Hase bei mir,
das nimmt ein böses Ende...“
(Fortsetzung folgt).

Stadt Bocholt.

Freitag, 5. März 1937.

Heute Sammlung von Altmaterial

Die Volksgenossen, insbesondere die Hausfrauen,
werden daran erinnert, daß am heutigen Freitag die
Sammlung von Altmaterial aller Art beginnt. Um den
Sammlern ihre Arbeit zu erleichtern, wird dringend be-
beten, das Altmaterial wie Lumpen, Alteisen und son-
stige Abfälle aller Art bereitzuhalten.

Kind von Postzug überfahren.

Mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus.
p. Auf der Hofgasse in Nähe der Textil-
meisterstraße wurde gestern morgen gegen 10 Uhr ein
jähriges Mädchen der Familie Krichel (Schwabentrage)
von einem Treckeranführer überfahren und schwer
verletzt. Ein Trecker mit 2 Anhängern aus Wiem-
horst hatte Steine zu einem Neubau in Nähe des Klo-
sters „Zum guten Hirten“ gebracht und fuhr über die
Hofgasse zurück. Ob das Kind verletzt hat,
sich an den letzten Anhänger zu hängen, oder ob der Un-
fall beim Überqueren der Straße erfolgte, konnte noch
nicht festgestellt werden. Das Kind wurde mit dem Sanitäts-
wagen ins Krankenhaus gebracht.

Zum Filmvolksfest 1937.

Wie wir schon mitgeteilt haben, findet auch in Bo-
cholt am kommenden Sonntag, vormittags 10.30 Uhr, im
Capitol-Theater der Filmvolksfest statt. Zur Aufführung
gelangt der große Ufa-Film „Inognito“ mit
Gustav Fröhlich und Hansi Knötz. Da nur eine be-
schränkte Anzahl von Besuchern zum Preise von 20 Pf.,
die zum Besuch dieser Vorstellung berechnigt, vorhanden
sind, ist es ratsam, sich schon möglichst jetzt diese an der
Kasse des Capitol-Theaters zu holen, da der Andrang
am Sonntag vormittags voraussichtlich sehr groß sein
wird. Wir machen aber nochmals darauf aufmerksam,
daß diese Veranstaltung nur Sonntagvormittags 10.30
Uhr stattfindet und am Sonntagnachmittag das lau-
den Programm zu den normalen Eintrittspreisen gezeigt
wird.

Betrunkener Kraftfahrer am Steuer

p. Ein Kraftfahrer wurde auf der Raardstraße
beobachtet, wie er in stark angetrunkenem Zustand aus
der Wirtschaft kam, sich an das Steuer seines Wagens
setzte und zu einer anderen Wirtschaft fuhr, um die
Bierreise fortzusetzen. Hier wurde er aber von einer
inzwischen verständigen Polizeistreife erwischt und einem
Arzt zur Untersuchung vorgeführt. Neben einer ent-
sprechenden Polizeistreife dürfte auch sein Führerschein
für längere Zeit eingezogen werden. Kraftfahrer, merket
bei euren Fahrten den Alkohol! Alle Volksgenossen
werden gebeten, unverzüglich die Polizei zu benach-
richtigen, wenn angetrunkenen Kraftfahrer das Leben
und die Sicherheit der übrigen Volksgenossen gefährden.

Hörsäle für Apfelsinen überschritten.

p. Ein hiesiger Gemüsegroßhändler gelangte zur An-
zeige, weil er die festgesetzten Hörsäle für Apfelsinen
beim Verkauf an die Kleinhändler erheblich überschritten
hat und zudem auch Koppelverkauf vorliegt.

Polizei räumt Lokal.

p. Ein Wirt im Osten der Stadt forderte die poli-
zeiliche Schnellhilfe an, da zwischen den anwesenden Gäs-
ten infolge Meinungsverschiedenheiten Streit ausge-
brochen war und in Tätlichkeiten ausartete. Die ent-
sagende Polizeistreife machte kurzen Prozeß und räumte
das Lokal, wodurch der Streit beendet war.

§ Mit einem Spazierstock soll man nicht herum-
fucheln. Ein Mann tat es gestern nachmittags auf der
Robelstraße und stieß dabei einem Kind den Stock ins
Gesicht und zwar in unmittelbarer Nähe des Aues.
Gefährliche waren die vom Arzt festgestellten Ver-
letzungen leichter Natur. Es hätte aber auch schlimmer
kommen können.

Kirchliches.

Heute abend Predigt in St. Georg.

Heute (Freitag) abend 8 Uhr ist Predigt für
Männer und Jungmänner in St. Georg.

Der Bocholter Haushaltsplan 1937-38 festgesetzt.

Wahrheit und Sparsamkeit waren bei Aufstellung des Etats richtungweisend.
Umgestaltung der Gewerbesteuer. — Stadthauptkasse wird in das Gymnasium
verlegt. — Der Ankauf des Lyzeums durch die Stadt.

§ Bocholt, 5. März.

Gestern fand eine Sitzung der Ratsherren der Stadt
Bocholt statt. Hauptgegenstand der Tagesordnung war
die Beratung und Festsetzung des Etats für das am
1. April ds. Js. beginnende neue Rechnungsjahr. Hier-
zu nahm Oberbürgermeister Frgang gleich zu Be-
ginn der Sitzung in längerer Erläuterungen Stellung.
Einleitend bemerkte er, daß Anfang April eine
öffentliche Versammlung stattfinden solle, zu
der die ganze Bürgererschaft eingeladen werde und auf
der er und Bürgermeister Steuer eingehend über die
Arbeiten der Stadt im vergangenen Jahre und über
die kommenden Aufgaben sprechen würden. Deshalb
werde er sich in dieser Sitzung nur mit kurzen Aus-
führungen begnügen.

Der Oberbürgermeister wies sodann auf gewisse
Dinge hin, die sich zurzeit unter der Oberfläche ab-
spielten. Es werde von einigen Kreisen alles getan,
um das Vertrauen zur Stadtverwaltung zu erschüttern,
und auch vor persönlichen Angriffen nicht zurückge-
schreckt. Er werde sich demnach in aller Öffentlichkeit
mit diesen Bestrebungen auseinandersetzen.

Nach diesen einleitenden Worten ging der Ober-

bürgermeister auf den Etat ein. Die Mittel, die der
Stadtverwaltung für ihre Arbeit zur Verfügung stan-
den, seien zwar nach wie vor knapp. Wir lebten ja
nicht in einer Zeit, in der man einfach Millionen-
Anleihen aufnehmen könne, um etwaige Lieblingsauf-
gaben durchzuführen. Wir müssen, so führte der Ober-
bürgermeister mit Nachdruck aus,

mit den Einnahmen, die wir haben, auskommen.
Wenn auch demnach das Tempo der Entwicklung et-
was langsam ergehe, so sei das kein Schade, da-
durch würden bereits Entschlüsse und Handlungen
vermieden. Gleichwohl werde genug gearbeitet wer-
den, weil man sich nicht damit begnügen wolle, nur zu
verwalten, sondern die Dinge wirklich zu führen. Wir
haben große Pläne, so sagte der Oberbürgermeister,
und wir möchten wünschen, daß wir sie bald in die
Tat umsetzen können. Aber wir wollen im Etat echt
und wahr sparsam sein. Alle Mittel, die wir
zur Verfügung haben, müssen wir gleichwohl für die
Arbeitsbeschaffung gebrauchen. Wir versuchen nicht,
möglichst große Kapitalien zurückzulegen; diesen „Luzus“
können wir uns nur im kleinen Umfang erlauben.

Der Oberbürgermeister beleuchtete sodann

Die einzelnen Etatstitel.

Nach wie vor werde er das Schulwesen, besonders
das Volksschulwesen, mit allen Mitteln fördern. Leider
seien die Bocholter Volksschulen in der Vergangenheit
sehr vernachlässigt worden. Es gebe in Deutschland
keine Stadt, in der in der Vergangenheit so wenig für
die Volksschulen getan worden sei wie in Bocholt.
Andererseits gebe es aber auch in Deutschland keine Ge-
meinde, in der solche Beträge für das höhere Schul-
wesen ausgeben würden wie in Bocholt. Diese Poli-
tik werde jetzt gründlich abgelehnt und in ihr Gegen-
teil umgekehrt. So werde eine weitere Turnhalle für
die Volksschulen im früheren Paulusheim geschaffen.
Auch würden die baulichen Verhältnisse der Schulen
gebeßert. Sehr große Sorgen bereite der Lehrerstand
an den Volksschulen. Es solle das Verhältnis zwischen
Lehrer und Lehrerinnen wie 2:1 sein; in Bocholt be-
trüge aber das Verhältnis etwa 1:1, man sei also mit
jeder freierwerbende Lehrerin in eine Lehrerstelle
umgewandelt. Leider aber seien zurzeit noch nicht ge-
nügen Lehrkräfte vorhanden. — Was die Fürsorge der
Jugend betrifft, so fand im vergangenen Jahre über
1000 Kinder gemeinsam mit der NSD. in Erholung
geschickt worden.

Eine große Sorge für die Stadtverwaltung bilden
die Straßen.
Zwar sind die Straßen im Stadtkern durchaus in
Ordnung, aber in den Außenbezirken kann man ge-
legentlich im Schlamm verfallen. Um hier Wandel zu
schaffen, genügen die laufenden Mittel nicht, sondern
wir müssen uns, wie der Oberbürgermeister betonte,
dazu entschließen, eine Kasse für diesen Zweck
aufzunehmen, die es uns ermöglicht, die Straßen in
einen ordentlichen Zustand zu versetzen. Der Ausbau
der Straßen wird sich in einfachen Formen halten, wo-
bei die Nordallee als Vorbild dienen mag.

An größeren Projekten

ist zunächst der Bau des Polizeigebäudes vorge-
sehen, mit dem im Laufe des Spätkommers begonnen
werden soll. Die Pläne sind bereits fertig, das Ge-
bäude soll auf dem Platz der beiden jetzigen Polizei-
gebäude errichtet werden. Den größten Teil des Ge-
bäudes können wir glatt finanzieren.

Die Stadthauptkasse

soll im Parterreflügel des Gymnasiums
längs der Nordallee untergebracht werden. Der
Zugang erfolgt durch das Portal an der Nordallee.
Der Flur längs der Nordallee soll als Raum für das
Publikum dienen. In den Klassenzimmern werden die
Kassen- und Arbeitsräume untergebracht. Der Verkehr
zwischen dem Publikum und Personal vollzieht sich
durch Schalter, die in den Wänden geschaffen werden.
Hier wird mit verhältnismäßig niedrigen Mitteln eine
ideale Lösung geschaffen. Im übrigen betonte der
Oberbürgermeister bei dieser Gelegenheit, daß die
Stadthauptkasse bei den letzten Prüfungen als
Musterbetrieb bezeichnet worden sei.

Von den Projekten, die sich zurzeit im Bau befinden,
wird der Umbau des Gas- und Elektrizitätswerkes in
etwa vier Wochen beendet sein. Auch die Friedhofsh-
halle wird im kommenden Monat vollendet werden.

Die Abschlüsse der Etatsabschnitte.

Abschnitt	Bezeichnung	Zufluß:		Mithin gegen den	
		1937	1936	Anfang 1936	Mehr:
I.	Allgemeine Verwaltung	236.300	257.500		
II.	Polizei-Verwaltung	174.900	165.900		
III.	Bauverwaltung	262.450	238.650	9.000	
IV.	A. Friedhof	32.000	22.600	9.000	
	D. Gartenamt	34.900	23.100	11.800	
	G. Badeanstalt	12.400	9.450	2.950	
	H. Musikbadeanstalt	1.600	1.600		
V.	A. Volksschulen	305.600	244.900	60.700	
	B. Gymnasium	232.400	231.800	600	
	C. Berufsschulen	42.500	36.550	5.950	
	D. Textilmeisterfachschule	13.200	7.800	5.400	
	F. Gärtnerfachschule	70	90		
	G. Lyzeum	65.000	50.000	15.000	
	H. Volkshochschule — Verschiedenes	16.662	7.562	9.100	
	J. Jugendpflege	36.300	16.000	20.300	
VI.	A. Wohlfahrtswesen	631.800	653.500		
	B. Soziale Anstalten	69.400	61.000	8.400	
	C. Wohnungsfürsorge	110.500	99.100	11.400	
	D. Vermögensverwaltung	10.670	12.700	2.030	
VII/II.		2.289.152	2.114.402	217.670	42.920
Zusammen:				174.750	
Hinzukommen:					
die Ausgaben der Stadtverwaltung		71.500			
an Provinzialabgaben ufm.		77.835			
Davon gehen ab:					
Ueberfluß der Kapitalverwaltung		82.937			
Gebühren aus dem Verwaltungsverfahren		3.600			
Ueberfluß der Güterverwaltung		1.100			
Reineinnahmen der Stadtwerke		240.000			
Die Deckung erfolgt durch:					
a) Indirekte Steuern				327.637	RM.
b) Direkte Steuern				2.110.850	RM.
c) Reichsteuern				158.100	RM.
				1.473.750	RM.
Insgesamt:				2.110.850	RM.

trag wie im vergangenen Jahre angelegt. Solange die
Verunreinigung der Aa durch die Gemeinden oberhalb
Bocholts anhält, kann eine Besserung der Badelegen-
heit in der Aa nicht durchgeführt werden. Für die
Volksschulen sind 60.000 M. für das Gymnasium 600 M.
für die Berufsschule, die immer mehr ausgebaut werden
muss, 5950 M. und für die Textilmeisterfachschule 5400 M.
mehr als im vergangenen Jahre eingelegt.

Der Zuschuß für das Lyzeum wird von 50.000 auf
65.000 M. also um 15.000 M. erhöht. Das kommt da-
her, daß das Gebäude in einen besseren Zustand ver-
setzt werden muß und in Zukunft nutzbarer gemacht
wird, indem es auch für die Zwecke anderer Schulen
(Kochunterricht), von Vereinen usw. eingerichtet wird.
Vor allem wird auch eine Hausmeisterwohnung ge-
schaffen. Durch die Zusammenhaltung von Gymna-
sium und Lyzeum wird eine wirksame Gestaltung des
Lehrplanes und eine enorme Verbilligung eintreten.

Für Volksbildung ist ein Mehrbetrag von 9100 M.
eingelegt, um die kulturellen Bestrebungen der Partei
und der Stadt finanziell in etwa unterstützen zu könn-
en. Der Oberbürgermeister wies bei dieser Gelegen-
heit auf die demnächst stattfindende Kreisfiskultur,
wohin hin, die weit über den Gau hinaus von Be-
deutung sein werde.

Für die Jugendpflege sind 20.000 M. mehr eingelegt,
wobei zu bemerken ist, daß hier verschiedene frühere
Etatpositionen zusammengefaßt sind.

Für das Wohlfahrtswesen sind 21.700 M. weniger
eingelegt, was durch den Rückgang der Wohlfahrts-
unterstützungsempfänger bedingt worden ist. Das Mehr
von 8400 M. das die sozialen Anstalten erfordern, ist
durch die Einrichtung von Kinderärzten bedingt.
Der erste Kindergarten wird in der nächsten Woche
beim Alters- und Jugendheim eingerichtet; da er be-
reits überbelegt ist, wird demnächst in Verbindung
mit dem Lyzeum ein zweiter Kindergarten eingerichtet.
Die Wohnungsfürsorge (Unterbringung von Obdach-
losen) erfordert ein Mehr von 11.400 M.

Sodann sind im außerordentlichen Etat insgesamt
72.500 M. eingelegt und zwar 20.000 M. für die Her-
richtung der Stadthauptkasse, 25.000 M. für die Erwei-
terung des Schlachthofes, 10.000 M. für Umbauten am
Lagerhof und 17.500 M. für den Ankauf eines 6 bzw.
Müllwagens mit Methangasanlage, mit dem auch die
engeren Straßen befahren werden können.

Insgesamt schließt der neue Etat in Einnahme
und Ausgabe mit einer Plussumme von
5.040.300 Mark ab.

Ueber die Steuerfätze

Verlängerung verschiedener Steuerordnungen.
Es werden folgende Steuerordnungen verlängert:
für die Schenkungssteuer, für die Vermögens-
steuer, für die Wertzuwachssteuer, für die Grundsteuer,
die Kanalgebührenordnung, die Gebührenordnung für
die Benutzung des Krankenhauses, das Ortsstatut betr.
Müllabfuhr und das Ortsstatut für die Obdachlosen.
Hierbei teilte der Oberbürgermeister mit, daß anstelle
des alten Krankenhauses, der bereits 11 Jahre Dienst
getan hat,

ein neuer Krankenhaus

beschafft wird. Der alte Wagen verbrauchte ungeheuer
viel Benzin, weshalb die Gebühren bei weiten Fahrten
zu hoch waren. Der neue Wagen hat nur eine Bahre,
ist daher kleiner und flacher gehalten; er kostet rund
9000 M. und wird im April geliefert. Der alte Wagen
bleibt weiterhin in Reserve. Die Kosten für die Be-
nutzung des Krankenhauses werden infolgedessen er-
höhten, soweit sie den NSD.-Krankentafeln angehören,
eine Fahrt in Bocholt am Tage nur 3,00 M. (statt bis-
her 3,50 M.) und bei Nacht 4,50 M. (statt 5,50 M.) kostet.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden mehrere
Verträge mit der Bocholter Wohnungsbau-Gesellschaft
geprüft.
Biehverteilungskasse am Schlachthof.
Am 1. April ds. Js. muß alles Vieh den Vertei-
lungstellen zugeleitet werden. Eine solche Verteilungs-
stelle sollte zunächst in der Verteilungshalle auf dem
Wiesenplatz eingerichtet werden. Da diese jedoch zu
klein ist, soll die Verteilungshalle am Schlachthof er-
richtet werden. Man rechnet wöchentlich mit einer Zu-
fuhr von 50 Stück Großvieh, 160 Schweinen und 80
Kälbern. Das Projekt sieht eine einfache Halle von 87
mal 45 Metern vor; es hat bereits die Billigung der
Landesbauernschaft gefunden und wird an der Schwa-
nenstraße unterhalb des Schlachthofes errichtet werden.
Die Kosten im Betrage von rund 25.000 M. werden
durch die Einnahmen (Wiesegebühren usw.) gedeckt.

Ueber den Ankauf des Lyzeums

berichtet ausführlich Bürgermeister Steuer. Die
Stadt übernimmt die bebauten Grundstücke, den Schul-
hof und den Rügengarten nebst den Gebäuden und
Einrichtungen. Die Stadt legt die Vergütung fort mit
Ausnahme von 1700 M. Zinsen für einen Betrag von
24.000 M., der auf einem Grundstück lastet, das das
Lyzeum in seiner künftigen Gestaltung nicht benötigt.
Die Übernahme der Schule wird durch einen be-
sonderen Uebereinkommenvertrag vollzogen. Die weltlichen
Belehrten treten in städtischen Dienst. Die durch den
Weggang der Ordensschwestern freiwerdenden Stellen
werden nicht wieder besetzt, da am Gymnasium drei
Studienrätinnen überzählig werden. Durch den Weg-
fall von drei Klassen des Gymnasiums (zwei Ober-
primen und die Unterprima des Gymnasiums) werden
70 Unterrichtsstunden frei, die am Lyzeum ausgefüllt
werden können.

Der Oberbürgermeister hob die glückliche Lösung der
Umgestaltung des Lyzeums hervor, wobei er darauf
hinwies, daß auch den Wünschen der Geistlichkeit mög-
lichst entgegen gekommen werde. So bleibe der kirch-
liche Raum der Schule weiter als kirchlicher Raum er-
halten und die Verfügung über den Raum den zukünf-
tigen kirchlichen Stellen überlassen.

Unter „Verschiedenes“ wurde noch eine Bürgerka-
für die Fortführung der Kleinfischerei Rede über-
nommen.

Nachdem noch der Mehrbedarf bei einzelnen Etat-
positionen genehmigt worden war und einige Grund-
rücks Angelegenheiten erledigt waren, gebachte der
Oberbürgermeister noch des verstorbenen Studienrats
Dr. Dietrich, der ein vorzüglicher Lehrer gewesen
sei. Zum Schluß dankte der Oberbürgermeister den
Ratsherren für die im Laufe des Etatsjahres geleistete
Arbeit und bat sie, im kommenden Jahre weiter ihre
Kraft zur Verfügung zu stellen. Mit einem Siegel
auf den Führer schloß die Sitzung.

Als hätte der Frühling sie gemalt - so schön sind unsere Stoffe

Frühlingsstoffe, die Ihre Wünsche erfüllen,

Wollgeorgettes, Noppenstoffe, Bouclé,
Angora, Cloque, Reliefgewebe. —

Täglich gehen Neuheiten bei uns ein!
Besichtigen Sie diese interessante Auswahl!

Rifmiedmann
Osterstraße 48-50

Trainers
Augenwasser
ist als Stärkungsmittel
bei Ermüdung u. Über-
anstrengung d. Augen
seit Jahrzehnten be-
währt. Alleinverkauf:
Drog. Voss, Osterstr. 43

**Echte Schalotten u.
Stedzwiebeln**
zum Pflanzen, empfiehlt
Samenhaus Behnen, Nobelsstr.

Regelmäßig
muß d. Stuhlgang sein. Achten
Sie stets darauf. **Sonnen-Tee**
hat sich recht oft als nützlich zur
Regelung d. Verdauung erwie-
sen. Verfügen Sie ihn bitte, er
schmeckt gut! Btl. 50 Pfg. Baf. 1.
Drog. Maack, Osterstraße 25

Anzeigen im Volksblatt haben den größten Erfolg!

Was die Hausfrau zum Hausputz braucht!

Billige Bürsten-Tage für den Hausputz!

Waschbürsten	Stück nur 0.10 Mk.
Handwaschbürsten	Stück nur 0.12 Mk.
Scheuerbürste, große S-Form	Stück nur 0.16 Mk.
Wischer, lange, schmale Form	Stück 0.20 Mk.
Schrubber	Stück 0.35, 0.25 und 0.20 Mk.
Wichsbürsten	Stück 0.25 Mk.
Kokos-Besen	Stück 0.50 Mk.
Kokos-Handfeger	Stück 0.23 Mk.
Roßhaar-Besen, garantiert rein	Stück 1.95 Mk.
Piassava-Besen	Stück 0.50 Mk.

Aufnehmer — Bohnertücher — Poliertücher
Bohnerwachs, gelb und weiß 500 gr 0.45 Mk.

3% Otto Mess 3%
Bocholt, Ruf 2245

Für den Hausputz!

Schellack-Lösung	1/2 Ltr. 0.50	Glasurit-Fußbodenlack	Dose 0.95 und 1.80
Bohnerwachs, gelb	1/2 kg 0.50	Mopel, Salmiakgeist, Terpentin,	
Bohnerwachs, weiß u. farbig	" 0.60	Fensterleder, Schwämme.	
Flüssigen Bohnerwachs	" 0.70	Furnio, die beste Möbelpolitur, Fl. 0.90 u. 1.80	
Waschbenzin	Liter 0.65 und 0.50		

Drogerie Bruns

Nordstraße 22

Für den Hausputz

empfehle ich zur Reinigung und Auffrischung Ihrer Möbel:

Furnio-Möbelpolitur	0.90 und 1.80
Vogels „Famos“, für dunkle Möbel	1,—
Möpu, für helle Möbel	0.35 und 1,—
Müllers „Immerblank“	Flasche 1.50
Bohnerwachs weiß, gelb und braun	

Drogerie Klauen

Langenbergstraße 5 Fernruf 3075

Möbelpolitur

Furnio	Flasche 0.90, 1.80
Möpu	" 1.00
Famos	" 1.00
Immerblank	" 1.50
Cirine-Teppichwäsche	in Sch. 0.75, 1.25

Fußbodenlacke

Glasurit	Dose 0.95, 1.80
Glamomax, in 3 Stunden hart	
trocknend, Dose 1.30, 2.50	
Perplex, bodenrein	Sch. 0.35
Dompfaff,	

Bohnerwachs 0.56, 1.00

Stahlspäne, Terpentin, Spiritus, Benzin, Mop-Politur.

Wir senden Ihnen alles gern kostenfrei ins Haus

Drogerie Feldmann

Neustraße, Ecke Horst-Wessel-Platz

Bauhaus-
May-
Weimar-

Tapeten

wegweisend in der Drucktechnik, vorbildlich in der Qualität,
geschmacklich auf der Höhe der Zeit, mäßig im Preis.

Farbenhaus Schmalhausen

Inh. Frau Behm
Bocholt Neustraße 16 Ruf 3204

Kauft

bei unseren Inserenten!

Zum Hausputz:

Gardinen
Dekorationen
Teppiche
Läufer
Polstermöbel
Matratzen

Aufarbeitungen und Neuanfertigungen
in eigener Werkstatt gut, schnell, billig

Jos. Safferschröer
BOCHOLT i. W. Polsterer- und
Dekorateurmeister
gegenüber dem Capitol-Theater

Jetzt ist es Zeit ...

Ihre Kleider bei **Durst** umfärben
oder reinigen zu lassen.
Ihre Garderobe wird in fachmännischer
Ausführung bei billigster Berechnung
verarbeitet.

Färberei und Reinigung
Durst
Südmauer 54

Tapeten

schöne moderne Muster,
in großer Auswahl und
jeder Preislage.
Sämtliche Oel- und Lackfarben,
Pinsele und Bürstenwaren
kaufen Sie preiswert im

Tapetenhaus Höing
Ravardstraße 14

Fußbodenlacke, Farben, Pinsel, Fenster-
leder, Schwämme, Bohnerwachs
Schellack-Politur, Schrubber, Bürsten,
sowie sämtliche Waschartikel billigst

Drogerie Voss

Osterstraße 43 Ruf 2257

Waschmaschinen
Wringmaschinen
in allen Preislagen

Wäschestamper
Wäschepressen



**Haushalt-
Artikel
zu kleinen Preisen**



G. Elsinghorst

Fachgeschäft für Haus und Küche

nur Ravardstraße 20

nur Ravardstraße 20

Für den Osterputz
sämtliche Putzsachen
Bohnerbesen,
Mops,
Fensterleder,
Schwämme,
Bürsten,
Schrubber usw.

Der unverwüsthche
Ranke-Kesselofen



Anho

Nummer

der

Pranz
übe

Ueberraschen
Rebrun auf W
heute vormittag
fung der Z
rufung hat un
Kreijengerichte
Mahnahmen de
ten nicht verlur
des Donnerstag
ein Wechsel auf
Gouverneurpost
irgendwelche S

Inzwischen f
seinem Abfluß
Prejsewertetern

„Der Ministe
Vorschlag des
Rimmig fol

Währung
einigen Staate
schlossene Dre
lage der W
Einführung ei
ausgeschloß
von Frankreich
Einfuhr von G
Innern zu gebe

16 8. M
zum Tag
Verkauf
nalen z

Ein Ausjch
der durch das
halten hat, um
stellen, verwalte
Handels und die
Die Zuständigke
Beaufichtigte
Einvernehmen
talle erstreden.

Gauhaht
wirtschaftlichen
daß der geringe
(Haushalt) enth
und sich jagend
sentlich verringe

Die Regi
wirklichen G
Ausgaben z
weisungen si
zufällige K

Die Regierung
behaft eine
der Kleinen
in der Kammer
Stabilisierung
gleichzeitig auf

Schahamt
und die steigend
wissen Industrie
einer gewissen
Gründungsausga
öffentlichen Ver

Unter diesen
der tatsächlichen
rung festgestellt,
Schahamtes im
den verring

Unter Veränd
jenigen, die die
Jahres an dem
sowie der acht
Januar bezahlt
Schahamtes auf
sein soll als fi
anleihen bejahft

Diese Bel
den anhö
bitten, die
desvertei
schlossen hat,
sich die Regi
Die Ansehe
die das Sch

Alle diese Ma
Ganges dar. Die